

Schweres Erbe für die künftige Politik

Generationenbilanz Im internationalen Vergleich steht Liechtensteins Steuer- und Sozialpolitik sehr gut da. Doch ist sie auch nachhaltig genug für künftige Generationen? Seit gestern wird dies nun auch wissenschaftlich belegt verneint.

VON HOLGER FRANKE

Etwa 200 Millionen Franken fehlen im Staatshaushalt. Dann ist da noch das Loch von rund 300 Millionen Franken bei der staatlichen Pensionsversicherung. Probleme, die die Menschen im Land zunehmend beschäftigen. Seit gestern steht nun auch noch wissenschaftlich fundiert fest, dass wir alle auf Kosten künftiger Generationen leben. Direkt auf diese ideale Brutstätte von Zukunftsängsten angesprochen, entgegnete Regierungschef Klaus Tschütscher gestern im Rahmen der Präsentation der ersten Ergebnisse der Generationenbilanz im Videointerview gegenüber volksblatt.li: «Ich denke, wir haben es geschafft, die Weichen auf Nachhaltigkeit zu stellen.» Auf den ersten Blick eine erstaunliche Aussage.

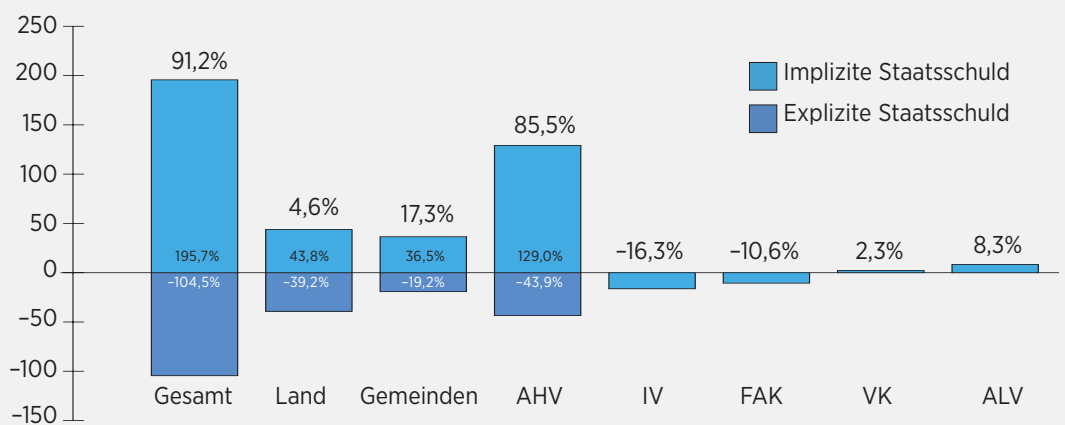
Auf Kosten künftiger Generationen

Für den sogenannten Normalbürger dürften die nackten Zahlen nur schwer zur vermitteln sein. In der Redart der Regierung heisst es, dass Liechtenstein per Ende 2009 zwar ein Vermögen in Höhe von 104,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angespart hat, das seinerzeit rund 4,9 Milliarden Franken betrug. Doch auch die Regierung räumt ein, dass es - so wörtlich - illusorisch wäre, zu glauben, dass dieses Vermögen zum Schultern der demografischen Lasten ausreicht. Denn diesem Vermögen standen nicht durch Sozialbeiträge oder Steuern gedeckte Ansprüche in der Grössenordnung von 195,7 Prozent des BIP gegenüber. Somit klafft eine sogenannte Nachhaltigkeitslücke in der Grössenordnung von 91,2 Prozent (s. Grafik). Geld, das künftige Generationen auf die eine oder andere Art werden aufbringen müssen. Einfacher ausgedrückt heisst dies, dass der Staat grosse Schwierigkeiten haben wird, seine Leistungsversprechen künftigen Generationen gegenüber zu erfüllen - sofern sich nichts ändert.

Generationenbilanz 2012

Land, Gemeinden und Sozialversicherungen

(Basisjahr 2010, Produktivitäts-/Reallohnwachstum: 1,0 %, Realzins: 3%, in Prozent des BIP)



Grafik: Nigg und Tutel/Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge

Vor diesem Hintergrund fällt die Freude darüber, dass sich Liechtenstein im internationalen Vergleich sehr gut bewegt, auch nicht wirklich gross aus. Ebenso wenig, dass alles auch hätte schlimmer kommen können. Darüber hinaus ist auch hinlänglich bekannt, dass der demografische Wandel Ursache des Übels ist. Immer mehr Leistungsbezieher dürften künftig immer weniger Leistungserbringern gegenüberstehen. Im Brennpunkt steht hier die AHV. Auch das ist aber nicht neu. Seit vielen Jahren beschäftigen sich immer neue Arbeitsgruppen mit der langfristigen Sicherung der AHV. Eine Studie hat bereits vor Jahren zahlreiche Massnahmen aufgezeigt, die Abhilfe schaffen könnten. Jüngste Beschlüsse in Sachen AHV haben die langfristige Problematik zwar entschärft,

aber eine wirkliche langfristige Sicherung der AHV ist nicht in Sicht.

Nachlass der Regierung Tschütscher

Die gestern vorgestellte Generationenbilanz symbolisiert auch so etwas wie das politische Erbe des scheidenden Regierungschefs: «Ich wünsche mir, dass sich der neue Landtag gleich zu Beginn der Legislaturperiode mit der Generationenbilanz auseinandersetzt. Ich glaube, es wird sich lohnen, weil der Landtag so gleich zu Beginn die politischen Handlungsfelder abstecken kann», sagte Klaus Tschütscher gegenüber volksblatt.li. Konkret auf die AHV angesprochen sagte er, dass es an der Zeit sei, Leistungen und Beiträge zu prüfen. Das könnte bedeuten, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig höhere Beiträge für die AHV aufbringen

müssten, die Leistungen könnten zudem sinken. Ob dazu jedoch der politische Wille vorhanden ist, erscheint aus heutiger Sicht fraglich. Klar ist, dass die zukünftigen Steuereinnahmen von Land und Gemeinden nicht ausreichend sind, um alle zukünftigen Ausgaben zu finanzieren. Neben dem Personal- und Sachaufwand für die öffentliche Verwaltung, Investitionen in die Infrastruktur und den Kosten des Bildungssystems belasten dabei insbesondere die Finanzierungsbeiträge des Staates an das Gesundheitswesen die Nachhaltigkeitsbilanz. Somit liegen zwar tatsächlich alle Punkte auf dem Tisch, wie Klaus Tschütscher sagte. Dies allein ist aber keine Nachhaltigkeit, sondern eine Aufgabe für die künftige Politik.

«Die Punkte liegen auf dem Tisch.»

KLAUS TSCHÜTSCHER
REGIERUNGSCHEF

Einen Filmbeitrag mit dem Interview mit Regierungschef Klaus Tschütscher finden Sie im Media Center auf www.volksblatt.li

www.volksblatt.li